

Steirischer Landtag | Gehaltssprung für 36 Beamte, heikle Debatte um Corona-Tote

Die Landtagssitzung widmete sich den Covid-Todesfällen im Heimen. Und obendrein den Konsequenzen der Krise für Ferien, Lehrer, Sozialtöpfe - und etwas völlig anderem (SUP).

Von Thomas Rossacher | 18.28 Uhr, 05. Mai 2020

32

(PRESENTARTICLE.DO)

In der Maisitzung des **Landtags** am Dienstag standen drei dringliche Anfragen und zahlreiche, teils **heikle** Punkte an.

Sandra Krautwaschl (Grüne) wollte der heiklen Frage nach den relativ vielen Todesfällen (134) in der Steiermark nachgehen. Es hat seit März 72 Covid-Opfer aus Heimen gegeben; 283 Infizierte in Heimen. Gefragt war Landesrätin **Juliane Bogner-Strauß**.

Die **Neos** hakten in 36 (!) Fragen bei Umweltlandesrätin **Ursula Lackner** (SPÖ) wegen der **Einzelstandortverordnung** für die Shopping-City **Seiersberg** nach. Es könnte ja womöglich ein **EU-Vertragsverletzungsverfahren** "wegen einer https://www.kleinezeitung.at/steiermark/5806734/Nach-EUBrief_Entscheidung_zur-Causa-Seiersberg-wieder-einmal-vertagt) unterlassenen strategischen Umweltprüfung (SUP)" drohen.

Soziallandesrätin **Doris Kampus** (SPÖ) stellte sich im Landtag der „dringlichen Anfrage“ der KPÖ zu den sozialen Folgen der Pandemie auf die Steirer. **Ein Radar soll helfen.** (https://www.kleinezeitung.at/steiermark/landespolitik/5809169/Politik-intern_Steiermark-stellt-CoronaRadar-auf).

>> Das steckt im nächsten Hilfspaket des Landes << (https://www.kleinezeitung.at/steiermark/5809387/Steiermark_Zweites-CoronaHilfspaket-wird-heute-praesentiert).

Warum gibt es in der Steiermark am meisten Corona-Tote Österreichs?

Sandra Krautwaschl (Grüne) sagte, sie wolle auf die Pflege und die Schwachstellen besonders hinschauen. Seit Jahrzehnten würde es Mängel geben. Sie fordere ein krisensicheres Pflegesystem.

Sie höre, dass Mitarbeiter fürchten, „den schwarzen Peter zu kriegen“. Der Vollzug der Vorgaben in den Heimen wäre "sehr uneinheitlich" gewesen. Man hätte Angehörigen Covid-Erkrankungen verschwiegen.

"Was sind die Gründe für Schwachstellen, die in der Coronakrise besonders zum Ausdruck gekommen sind?"

Die "relativ hohen Todeszahlen wurden intern mit Argusaugen verfolgt", erläuterte **Bogner-Strauß**. Die Steiermark hat die Statistik angeführt, diese sei aber für eine Analyse ungeeignet. Wenn man Alter und Sterblichkeit berücksichtige, liege die Steiermark nämlich "gleich auf mit Wien, NÖ, Salzburg und Tirol".



Bogner-Strauß und Köck © LT/Erwin Scheriau

Nun zur "verbalen Exposition":

- Von den 133 Verstorbenen (Stand 4. 5.) in der Steiermark waren 58 Personen 85 Jahre und älter.
- Es **starben 72 Personen** aus Heimen, 12 davon im Heim selbst.
- In **26 Heimen** kam es zu Infektionen, **16 davon waren privat-gewerbliche Betriebe** (entspricht 13 % all dieser Betreibergruppen) und zehn gemeinnützig.
In Graz waren sechs Betriebe betroffen, in Weiz oder Hartberg-Fürstenfeld jeweils drei etc.
- 283 Infizierte waren seit März (bis 4. 5.) aus den Heimen gemeldet. 133 sind noch erkrankt, 27 davon liegen im Spital.
- Personalseitig wären noch 68 Mitarbeiter als nicht genesen einzustufen.
- Mängelbescheide wurden auch vor der Pandemie ausgestellt.
- Man ging Beschwerden in 10 Fällen nach, ein Mal war es ein gemeinnütziges Haus.
- Es wurden unter anderen 82.200 OP-Masken, 227.600 Handschuhe, 5600 FFP2-Masken und 2680 FFP3-Masken ausgeliefert.

Die Landesregierung hätte eher für Schutz von Pflegepersonal sorgen müssen, monierte **Helga Kügerl** (FPÖ). „Es darf nicht mehr vorkommen, dass nicht genug Schutzbekleidung vorhanden sei.“

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) wollte niemanden etwas unterstellen. Zitierte dann aber aus einer Mail einer Pflegerin: "Wir sind alle völlig am Ende. Es herrscht Behördenwillkür. Wir sind nichts wert, unsere Bewohner sind nichts wert." Die Mitarbeiter wären mehrmals nicht informiert gewesen.

Robert Reif (Neos) drängte auf eine „lückenlose Aufklärung“ der Versäumnisse in der steirischen Pflege. Die Probleme bestünden ja schon länger.

"Mir fehlt das Fazit", hakte Krautwaschl nach. Ist die Steiermark für eine zweite Welle gut aufgestellt? Werden für alle Heime verbindliche Vorgaben gemacht? Ihr scheine, dem Land wäre in einer solchen Krise die Kontrolle und Steuerung nicht möglich.

Klaus Zenz (SPÖ) warnte davor, den "Zeigefinger zu heben". Die Debatte über die Schwachstellen verstärke nur die Angst in den Heimen. "Wir müssen dem Personal und den Bewohnern bitte auch Sicherheit geben." Private gewinnorientierte Betreiber seien ebenso Partner des Landes.

Der **Landesrätin Fazit**: Die Zahl der Todesfälle liege auf Niveau anderer Länder. Das würde bei Berücksichtigung des Alters und der Infektionen feststellbar sein.

Ob privat-gewerbliche Heime schlechter dastehen? "Nein, sie tun es nicht." Sie sehe keinen Anlass, jetzt die Betreiber-Struktur infrage zu stellen. Und ja, sie bekenne sich zu mobil vor stationär.

Novelle sorgt für Ärger

Im Landtag sollte eine Novelle verabschiedet werden, um das **Besoldungssystem** von **Landesverwaltungsrichtern** neu zu regeln. Im Grunde keine große Sache, aber im Zuge der Novelle wird auch das Gehalt des Landesrechnungshofdirektors steigen.

Mehraufwand in Summe: 190.000 Euro im Jahr.

"Die Steirer erwarten sich derzeit sicher keine Bezugserhöhung von Beamten", rügte **Stefan Hermann** (FPÖ).

Hintergrund: Der Landesrechnungshofdirektor wird quasi vom Landtag bezahlt, angelehnt an den Bezug eines Nationalratsabgeordneten. Er erhält 105 %, umgerechnet 9546 Euro brutto.

MEHR ZUM THEMA

HEINZ DROBESCH

Oberster Kontrollor des Landes vor Gehaltssprung
(/steiermark/5806741/index.do)

Künftig soll der Chef der Kontrollinstanz durch Land/Regierung entlohnt werden. Gemäß Dienstjahren und Aufgaben würde der höchste Prüfer deutlich mehr als bisher verdienen.

Bruno Aschenbrenner (ÖVP) verwies auf Entscheidungen von Höchstgerichten, die allein auf die Landesverwaltungsrichter abzielen.

Niko Swatek (Neos) betonte, die Novelle sei notwendig. "Aber nicht das, was sie uns nebenbei hineinschummeln wollten." Also per Verordnung den Bezug des Landesrechnungshofdirektors zu erhöhen.

"Wir wollen den Direktor aus der berühmten Pyramide herausnehmen. Er übt ja keine politische Funktion aus", konterte **Hannes Schwarz** (SPÖ). Der LRH-Chef werde weiterhin korrekt und dann eben gemäß des Gehaltsschemas des Landes bezahlt.